

## Ergebnisprotokoll zur Sitzung des Verwaltungsausschusses

Donnerstag, 27.04.2023, 16:45 Uhr

Öffentlich

---

zu 2      **Annahme von Zuwendungen und Sponsoringleistungen**  
Vorlage: 048/2023

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 8 Ja-Stimmen):**

1. Die vorstehenden Zuwendungen/ Sponsoringleistungen werden angenommen.
  2. Die Zuwendungen und Sponsoringleistungen sind gemäß dem angegebenen Zweck zu verwenden.
  3. Die Stadtkasse wird mit der Ausstellung der Zuwendungsbescheinigungen beauftragt.
- 

zu 3      **Jahresbericht Anlaufstelle für Bürgerengagement 2022**  
Vorlage: 043/2023

**Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.**

---

zu 4      **Jahresbericht Spectrum Kultur 2022**  
Vorlage: 071/2023

**Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.**

---

zu 5      **Vorstellung Jahresabschluss 2021 und Bericht zum Dorfladen & Dorftreff  
Hiltensweiler**  
Vorlage: 070/2023

**Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.**

---

zu 6 **Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Tettang**  
**Vorlage: 062/2023**

**Empfehlungsbeschluss (mehrheitlich beschlossen bei 6 Ja-Stimmen,  
1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung):**

Antrag StRat König - Ergänzung in § 8 Abs. 2 Ziffer 2.1:

Ausgenommen ist außerdem die abschließende Beschlussfassung über städtebauliche Verträge nach § 11 BauGB sofern mehr als 1.000 qm Wohnfläche geschaffen werden sollen.

**Empfehlungsbeschluss (einstimmig beschlossen bei 8 Ja-Stimmen):**

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000 zuletzt geändert am 7. Februar 2023 hat der Gemeinderat am 10.05.2023 folgende Satzung beschlossen:

**Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Tettang**

vom 14.04.2021

**§ 1**

**§ 4 Absatz 3 wird wie folgt geändert:**

- (3) Der Verwaltungsausschuss besteht aus dem / der Bürgermeister/in als Vorsitzende/n und 10 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.

Der Technische Ausschuss besteht aus dem / der Bürgermeister/in als Vorsitzende/n und 10 weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.

Der Bürgermeister kann einen seiner Stellvertreter (§ 12 dieser Satzung) mit seiner Vertretung beauftragen. Bei ständiger Vertretung soll diese dem/der für den entsprechenden Geschäftskreis zuständigen Beigeordneten übertragen werden.

**§ 5 Absatz 3 wird wie folgt geändert:**

- (3) Die beschließenden Ausschüsse sind innerhalb ihres Geschäftskreises zuständig für:

1. Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich der Vergabe von Aufträgen, soweit der Betrag im Einzelfall mehr als 60.000.- € aber nicht mehr als 300.000.- € beträgt.

2. Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben von mehr als 15.000.- € aber nicht mehr als 75.000.- € im Einzelfall, sowie zur Verwendung von Deckungsreserven im gleichen Rahmen.

**§ 7 Absatz 1, Nr.9 und Absatz 2 werden wie folgt geändert:**

- (1) 9. Öffentliche Einrichtungen (ausgenommen technische Angelegenheiten), Marktwesen, Friedhofswesen,
- (2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Verwaltungsausschuss, soweit nicht ein Ortschaftsrat zuständig ist, über:
  - 2.1 Die Ernennung, Einstellung, Entlassung einschließlich Höhergruppierung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten der Besoldungsgruppe A12 und von Beschäftigten der Entgeltgruppe EG 11 oder einem entsprechenden Entgelt.
  - 2.2 Die Bewilligung von im Haushaltsplan nicht einzeln ausgewiesenen Freiwilligkeitsleistungen von mehr als jährlich 3.000.- €, aber nicht mehr als 15.000.- € im Einzelfall, fortlaufende Beträge jedoch von 375.- € bis 1.500.- € jährlich.
  - 2.3 Die Stundung von Forderungen von mehr als 15.000.- € aber nicht mehr als 112.500.- €.
  - 2.4 Den Verzicht auf Ansprüche der Stadt oder die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Ver-gleichen, wenn der Verzicht, die Niederschlagung oder der Streitwert oder bei Vergleichen das Zugeständnis der Stadt im Einzelfall mehr als 7.500.- €, aber nicht mehr als 45.000.- € beträgt.
  - 2.5 Die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung von Vorkaufsrechten im Wert von mehr als 45.000.- €, aber nicht mehr als 150.000.- € im Einzelfall.
  - 2.6. Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bei einem jährlichen Mietwert oder Pachtwert von mehr als 18.000.- €, aber nicht mehr als 60.000.- € im Einzelfall.
  - 2.7 Die Veräußerung von beweglichem Vermögen von mehr als 15.000.- € aber nicht mehr als 45.000.- € im Einzelfall.
  - 2.8 Die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und

Gehaltvorschüssen im Betrag von 3 - 5 Monatsbruttobezügen.

- 2.9 Die Übernahme von Ausfallbürgschaften im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues im Betrag von mehr als 75.000.- €, aber nicht mehr als 225.000.- € bei den übrigen Bürgschaften von 15.000.- € bis zu 150.000.- €.

**§ 8 Absatz 1, Nr. 2,5,7 und Absatz 2 werden wie folgt geändert:**

2. Bauordnung, Stadtsanierung, Denkmalschutz
5. Verkehrs-, Mobilitätsplanung,
7. Klima-, Energiethemen

(2) In seinem Geschäftskreis entscheidet der Technische Ausschuss über:

2.1 Der Technische Ausschuss ist zuständig für:

- Bauleitplanung nach den §§ 1 – 9 BauGB (Flächennutzungsplan und städtische Bebauungspläne im Regelverfahren)
- Bauleitplanung nach den §§ 12 – 13a BauGB (vorhabenbezogene Bebauungspläne, Bebauungspläne im vereinfachten Verfahren und Bebauungspläne der Innenentwicklung)
- Sicherung der Bauleitplanung nach den §§ 14 – 16 BauGB (Veränderungssperre)
- Satzungen nach § 34 Abs. 4 BauGB (Abrundungs- und Ergänzungssatzungen)
- Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB (Außenbereichssatzungen)
- Satzungen nach § 74 LBO (örtliche Bauvorschriften)

Ausgenommen hiervon ist jeweils der abschließende Satzungsbeschluss, welcher gem. § 39 Abs. 2 Nr. 3 GemO nicht auf beschließende Ausschüsse übertragen werden kann und daher vom Gemeinderat zu fassen ist. Ausgenommen ist außerdem die abschließende Beschlussfassung über städtebauliche Verträge nach § 11 BauGB sofern mehr als 1.000 qm Wohnfläche geschaffen werden sollen.

2.2 Zur Wahrnehmung der Planungshoheit wird der Technische Ausschuss über die Zulässigkeit von Vorhaben nach §§ 33 – 35 BauGB, bzw. Befreiungen nach § 31, Abs. 2 BauGB informiert, wenn die jeweilige Angelegenheit für die Bauleitplanung von besonderer Bedeutung oder Wichtigkeit ist.

2.3 Die Entscheidung über die Ausführung eines Bauvorhabens (Baubeschluss) und die Genehmigung der Bauunterlagen, die Vergabe der Lieferungen und Leistungen für die Bauausführung

---

(Vergabebeschluss), bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten von über 60.000.- € aber nicht mehr als 600.000.- € im Einzelfall.

Anerkennung der Schlussabrechnung (Abrechnungsbeschluss) bei voraussichtlichen bzw. tatsächlichen Gesamtbaukosten bis 600.000.- € im Einzelfall

2.4 Beschlussfassung über Grenzziehungen (§ 82 BauGB).

### **§ 11 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

- (2) Dem / Der Bürgermeister/in werden, sofern nicht ein Ortschaftsrat zuständig ist, folgende Aufgaben zur Erledigung dauernd übertragen, soweit sie ihm / ihr nicht bereits nach Abs. 1 zukommen:
- 2.1 Die Bewirtschaftung der Mittel nach dem Haushaltsplan einschließlich Vergabe von Arbeiten und Lieferungen bis zum Betrag von 60.000.- € im Einzelfall.
  - 2.2 Die Zustimmung zu überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben und zur Verwendung von Deckungsreserven bis zu 15.000.- € im Einzelfall.
  - 2.3 Die Ernennung, Einstellung und Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidungen von Beamten der Besoldungsgruppe bis A 11 von Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe EG 10 oder einem entsprechenden Entgelt, von befristeten Beschäftigungsverhältnissen bis zu einem Jahr, von geringfügig Beschäftigten i.S.d. SGB, von Praktikanten und anderen in Ausbildung stehenden Personen.
  - 2.4 Die Gewährung von unverzinslichen Lohn- und Gehaltsvorschüssen, sowie Unterstützungen bis zu 2 Brutto-Monatsbezügen.
  - 2.5 Die Bewilligung von nicht im Haushaltsplan einzeln ausgewiesenen Freiwilligkeitsleistungen bis zu jährlich 3.000.- € im Einzelfall und fortlaufend bis zu 375.- €.
  - 2.6 Die Stundung von Forderungen bis zu 15.000.- €.
  - 2.7 Den Verzicht auf Ansprüche der Stadt und die Niederschlagung solcher Ansprüche, die Führung von Streitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, wenn der Verzicht oder die Niederschlagung oder bei Vergleichen der

Streitwert im Einzelfall nicht mehr als 7.500.- € beträgt.

- 2.8 Die Veräußerung und dingliche Belastung, den Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder grundstücksgleichen Rechten, einschließlich der Ausübung vertraglicher und ges. Vorkaufsrechte im Wert bis zu 45.000.- € im Einzelfall.
- 2.9 Verträge über die Nutzung von Grundstücken oder beweglichem Vermögen bis zu einem jährlichen Miet- oder Pachtwert von 18.000.- € im Einzelfall.
- 2.10 Die Veräußerung von beweglichem Vermögen bis zu 15.000.- € im Einzelfall.
- 2.11 Die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Mitwirkung sowie die Entscheidung darüber, ob ein wichtiger Grund für die Ablehnung einer solchen ehrenamtlichen Mitwirkung vorliegt.
- 2.12 Die Zuziehung sachkundiger Einwohner und Sachverständiger im Einvernehmen mit dem Gemeinderat, in beschließenden und beratenden Ausschüssen, soweit die Zuziehung nicht durch den Gemeinderat selbst erfolgt (§§ 8 und 9).
- 2.13 Übernahme von Ausfallbürgschaften für Wohnungsbaudarlehen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues bis zum Höchstbetrag von 75.000.- € im Einzelfall.
- 2.14 Für die Stellungnahme der Stadt als Angrenzer (§ 55 LBO).
- 2.15 Die Übertragungen nach § 11 Abs. 2 gelten nicht im Bereich der Ortschaft, sofern der Ortschaftsrat gem. § 17 oder Ortsvorsteher gem. § 18 zur Entscheidung zuständig ist.
- 2.16 Die Bestimmungen in § 5 Abs. 4 gelten entsprechend.
- 2.17 Entscheidungen nach §§ 144, 145 BauGB (Genehmigungspflichtige Vorhaben und Rechtsvorgänge)

### **§ 14 Absatz 2 wird wie folgt geändert:**

- (2) Die Sitze im Gemeinderat werden wie folgt auf die einzelnen Wohnbezirke verteilt:

1. Wohnbezirk Tett nang	18 Sitze
2. Wohnbezirk Tannau	3 Sitze
3. Wohnbezirk Langnau	3 Sitze

---

**§ 17 Absatz 1 und Absatz 2, Nr.2 werden wie folgt geändert:**

- (1) Der Ortschaftsrat hat die örtliche Verwaltung zu beraten. Er ist zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die jeweilige Ortschaft betrifft, zu hören. Er hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen. Als wichtige Angelegenheit im Sinne des Abs. 1 gelten in der jeweiligen Ortschaft insbesondere:
- a) Veranschlagung von Haushaltsmitteln für die jeweilige Ortschaft betreffenden Angelegenheiten im Haushaltsplan der Stadt Tett nang,
  - b) Errichtung, Erweiterung oder Aufhebung öffentlicher Einrichtungen einschl. Schulen, Kindergärten und Sportstätten,
  - c) Neubau, Ausbau und wesentliche Instandsetzung von Straßen und Wirtschaftswegen,
  - d) Ausbau und Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung,
  - e) Aufstellung, wesentliche Änderung und Aufhebung von Bauleitplänen,
  - f) Erlass, Aufhebung und Änderung vom Ortsrecht,
  - g) Festsetzungen von Abgaben und Tarifen,
  - h) Regelung der Schülerbeförderung.
  - i) Zur Wahrnehmung der Planungshoheit wird der Ortschaftsrat über die Zulässigkeit von Vorhaben nach §§ 33 – 35 BauGB, bzw. Befreiungen nach § 31, Abs. 2 BauGB informiert, wenn die jeweilige Angelegenheit für die Bauleitplanung von besonderer Bedeutung oder Wichtigkeit ist. Die Verwaltung verfasst eine Neueingangsliste zu den baurechtlichen Anträgen auf der Gemarkung der Ortschaft als Information und stellt diese digital ins öffentliche Ratsinformationssystem.
2. Des Weiteren werden dem Ortschaftsrat zur Entscheidung übertragen und zwar

in der Ortschaft Tannau

- a) die Ausstattung der Friedhöfe, soweit dazu eine Verpflichtung der Stadt besteht (Unterhaltung der Kriegerdenkmale),
- b) die Jagd- und Fischwasserverpachtung, sowie alle in diesem Zusammenhang zu treffenden Regelungen,

in der Ortschaft Langnau

- a) Anstellung, Beförderung, Höhergruppierung und Entlassung von Bediensteten der örtlichen Verwaltung im Rahmen des Stellenplanes,
- b) Vergabe von Arbeiten und Lieferungen, die Ausgaben von mehr als 3.450.- €, aber nicht mehr als 34.500.- € im Einzelfall zur Folge haben,
- c) Bewilligung von überplanmäßigen und außerplanmäßigen Ausgaben des Produktplans bis zu einem Gesamtbetrag von 8.630.- € im Jahr sowie die Verwendung der im Haushaltsplan eingestellten Deckungsreserven für die Ortschaft,
- d) Verkauf und Vermietung von beweglichen Vermögen mit einem Wert von mehr als 3.450.- €, aber nicht mehr als 17.250.- € im Einzelfall,
- e) Verpachtung und Vermietung von Grundstücken der Ortschaft Langnau mit einem jährlichen Miet- und Pachtwert von über 860.- €, aber nicht mehr als 8.630.- € bei bebauten Grundstücken und von über 350.- €, aber nicht mehr als 1.730.- € bei unbebauten Grundstücken,
- f) die Ausstattung der Friedhöfe, soweit dazu eine Verpflichtung der Stadt besteht (Unterhaltung der Kriegerdenkmale),
- g) die Jagd- und Fischwasserverpachtung, sowie alle in diesem Zusammenhang zu treffenden Regelungen,

### § 2

- (1) Die Änderungssatzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Tettng geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Tettng, 10.05.2023

Bruno Walter,

---

Bürgermeister

---

**zu 7      Vorstellung Friedhofskonzeption für die Friedhöfe der Stadt Tett nang  
Vorlage: 034/2023**

**Empfehlungsbeschluss (bei Stimmengleichheit abgelehnt  
mit 4 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen):**

Die Friedhofsentwicklungskonzeption für den Alten und den Neuen Friedhof der Stadt Tett nang wird wie vorliegend beschlossen. Für den Neuen Friedhof wird die Variante a mit muslimischen Grabstätten beschlossen.

**Empfehlungsbeschluss (mehrheitlich beschlossen bei 4 Ja-Stimmen,  
1 Nein-Stimme und 3 Enthaltungen):**

Die Friedhofsentwicklungskonzeption für den Alten und den Neuen Friedhof der Stadt Tett nang wird wie vorliegend beschlossen. Für den Neuen Friedhof wird die Variante b ohne muslimische Grabstätten beschlossen.

---

**zu 8      Novellierung Friedhofssatzung und Friedhofsgebührensatzung  
Vorlage: 039/2023**

**Friedhofssatzung:**

**Empfehlungsbeschluss  
(mehrheitlich abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen):**

Antrag StRat Schöpf zu § 3 Abs. 2 Nr. 1:

Das Befahren der Hauptwege sollte mit Fahrrädern in angemessener Geschwindigkeit erlaubt sein.

**Empfehlungsbeschluss (mehrheitlich beschlossen bei 5 Ja-Stimmen,  
1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen):**

Antrag StRat Funke zu § 9 (1) S. 1 der alten Satzung:

Der gestrichene Satz „Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.“ soll in der Satzung belassen werden.

**Empfehlungsbeschluss (mehrheitlich beschlossen bei 5 Ja-Stimmen,  
2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung):**

Antrag StRat Aicher zu § 2 (1):

Dieser Absatz („Die Friedhöfe dürfen nur während der Tageszeit betreten werden.“) sollte ersatzlos gestrichen werden.

**Empfehlungsbeschluss (einstimmig beschlossen bei 8 Ja-Stimmen):**

Die Friedhofssatzung wird wie vorliegend (mit den beschlossenen Änderungen) beschlossen. Sie tritt zum 01.06.2023 in Kraft.

**Friedhofsgebührensatzung:**

**Es erfolgte keine Beschlussfassung.**

**Die Kalkulation soll nochmals überarbeitet werden und der TOP kommt in der nächsten Sitzungsrunde wieder auf die Tagesordnung.**

---

**zu 9 Anschluss der Kläranlage Apflau an die Verbandskläranlage Kressbronn a.B. - Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Aufnahme der Stadt Tettanang in den Abwasserzweckverband  
Vorlage: 068/2023**

**Empfehlungsbeschluss (einstimmig beschlossen bei 7 Ja-Stimmen):**

Der Gemeinderat stimmt der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Aufnahme der Stadt Tettanang in den Abwasserzweckverband zu.

---

**zu 10 Antrag auf Vereinsbezuschung des Reit- und Fahrvereins Krumbach e.V. – Vorzeitige Baufreigabe  
Vorlage: 076/2023**

**Beschluss (einstimmig beschlossen bei 6 Ja-Stimmen):**

Aufgrund der Dringlichkeit der Maßnahme wird die Freigabe zum vorzeitigen Baubeginn der Erweiterung des Reitplatzes durch den Reit- und Fahrverein Krumbach e.V. erteilt. Die Freigabe erfolgt ohne Rechtsanspruch auf Gewährung eines Zuschusses. Über eine Zuschussgewährung wird abschließend im Gemeinderat im 2. Halbjahr 2023 für das Haushaltsjahr 2024 entschieden.

---

**zu 11 Mitteilungen und Anfragen**

---

**Es gab keine Mitteilungen oder Anfragen.**